

1. Norddeutsche Regionalkonferenz zur Entwicklungspolitischen Inlandsarbeit

18.-19. Juni 2007, „Haus am Schüberg“ in Ammersbek-Hoisbüttel bei Hamburg

Dokumentation

Gemeinsam luden die entwicklungspolitischen Landesnetzwerke aus Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen im Juni 2007 zu einer ersten Regionalkonferenz der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit in Norddeutschland ein.

Die mit dem BMZ abgestimmte Initiative sollte die Möglichkeit zu einem strukturierten Dialog zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteurinnen und Akteuren der entwicklungspolitischen Inlands- und Bildungsarbeit in der Region mit der Länder- und der Bundesebene eröffnen.

Ziel der Konferenz war es,

- ein Dialog- und Austauschforum für die entwicklungspolitischen Akteurinnen und Akteure der verschiedenen Ebenen in der Region zu bieten
- Impulse für den Ausbau der Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe auf der Ebene der Bundesländer zu geben
- die Legitimation entwicklungspolitischer Inlands- und Bildungsarbeit in den beteiligten Bundesländern zu stärken
- die Rahmenbedingungen für die entwicklungspolitische Inlandsarbeit in der Region zu verbessern
- die zivilgesellschaftliche Basis der Entwicklungszusammenarbeit zu verbreitern und neue Akteure zu gewinnen
- Synergieeffekte durch eine verbesserte Zusammenarbeit staatlicher und nichtstaatlicher Akteure zu schaffen
- die Eine-Welt-Arbeit in den norddeutschen Ländern zu stärken.

Die Tagung wurde vom Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V. organisiert. Tagungsleitung: Heiko Möhle, Moderation: Steffen Becker.

Herzlichen Tag für Organisation und Dokumentation an Rubina Ahmadi, Lena Blossat, Renate Grunert, Jonna Tikkanen.

Montag, 18. Juni

Die Regionalkonferenz begann mit einer Hafentrundfahrt durch den Hamburger Hafen, die von der „Hafengruppe Hamburg“ angeboten wird und als ein Beispiel der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit in Hamburg vorgestellt wurde.



Die TeilnehmerInnen auf Hafentrundfahrt. „Hier geht es um Gerechtigkeit und Verteilung; auch zwischen denen, die Obstkuchen haben und denen, die den trockenen Blechkuchen abbekommen haben.“

Nach der gemeinsamen Anfahrt zum Ev. Tagungshaus am Schüberg und dem Abendessen fanden sich die 43 TeilnehmerInnen aus Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein zu einer großen Vorstellungsrunde ein. Die Gäste kamen aus lokalen NRO und NRO-Landesnetzwerken, Kirchen, städtischen und kommunalen Bildungsträgern, aus InWEnt-Regionalzentren sowie aus Landesregierungen und dem BMZ.

Am Abend gab es drei kurze Diskussionsrunden zu den bereits herausgearbeiteten Schwerpunktthemen der Tagung: „Themen und Methoden“, „Handlungsfelder und Zielgruppen“ und „Strukturen“ der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Inland. Als offene

Talkrunden mit frei wechselnder Besetzung gestaltet, boten die Gesprächsrunden allen TeilnehmerInnen die Möglichkeit, sich zu beteiligen.

Die erste Runde eröffnete mit der Frage: Wo fängt entwicklungsbezogene Bildungsarbeit an, wo hört sie auf? Zusammenfassend wurde die Frage mit drei Überlegungen beantwortet: Entwicklungspolitische Inlandsarbeit müsse sich stärker am Begriff der Globalisierung orientieren, damit keine bipolare Weltordnung „Nord-Süd“ gelehrt werde; die Werteorientierung spiele für die Glaubwürdigkeit der Arbeit eine wichtige Rolle; Know-How und Handlungsebene sollten auf lokaler Ebene verbunden werden, um zivilgesellschaftlichen Akteuren das Gefühl der Handlungskompetenz zu vermitteln. Die zweite Runde fragte nach neuen Akteuren, Zielgruppen und Handlungsfeldern. Die Diskussion rankte sich um den Begriff der „Handlungskompetenz“ und die Frage, wie viel sachliche, moralische, interkulturelle und emotionale Kompetenz unter den Akteuren der Inlandsarbeit gegeben ist bzw. erforderlich wäre.

Die dritte Gesprächsrunde hatte die Strukturen der Inlandsarbeit zum Thema. Die Eigenschaften von institutioneller, also langfristiger Förderung wurden im Vergleich zur Projektförderung diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass mehrere NRO unter „Projektitis“ leiden, d.h. dass sie durch die Auflagen der Förderer, projektgebunden zu arbeiten, zu einem hohen bürokratischen Mehraufwand verpflichtet sind, der die ohnehin knappen personellen Kapazitäten über Gebühr strapaziere.

Die Diskussionen wurden in informellen Gesprächen teilweise bis spät in die Nacht fortgeführt.



Heiko Möhle (Eine Welt Netzwerk Hamburg) stellte das Programm der Tagung vor. „Heute Abend gibt es einen steilen Einstieg, um die Themen zu entfalten.“

Dienstag, 19. Juni

Am zweiten Konferenztag wurden drei Arbeitsgruppen mit den genannten Schwerpunktthemen angeboten, die jeweils von VertreterInnen der Landesnetzwerke geleitet wurden. Bei der Aufteilung in die Gruppen wurde darauf geachtet, dass die Zusammensetzung nicht nur betreffend der Bundesländer, sondern auch der Institutionen-Ebenen repräsentativ war.



Pausen(los)gespräche im Innenhof

Arbeitsgruppe 1

Neue Themen und Methoden entwicklungspolitischer Inlands- und Bildungsarbeit

Die Workshop-Leitung (Andrea Kolling und Heiko Möhle) stellte zunächst die dem Workshop zugrunde liegenden Fragestellungen vor: Es sollte darum gehen, welche Themen nach Auffassung der Teilnehmenden auf die Agenda entwicklungspolitischer Inlandsarbeit gehören, welche Probleme beim Agendasetting auftreten, und welche positiven und neuen Erfahrungen es in der Umsetzung „neuer“ Themen gibt. Fragen zu Methoden der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit wurden demgegenüber zurückgestellt. Da der Titel des Workshops weit gefasst war, ermittelten wir im Rahmen einer Vorstellungsrunde zunächst die Erwartungen und Diskussionswünsche der Teilnehmenden.

Abfrage der Teilnehmererwartungen:

- Was machen die anderen? - Wunsch: die eigenen gedanklichen Grenzen aufzuweichen
- Neugierde, wer was wie macht
- Was machen wir? Wie erreichen wir die Leute?
- Wie lernen wir?

- Die Beziehung zwischen Entwicklungspolitischer Bildung und Umwelt neu definieren
- Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe verliert an Kredit und wird reduziert auf die ausgewählten Partnerländer als Focus
- Themenbezogen an die Wirtschaft herantreten
- Das Agendasetting genauer betrachten: Der Entpolitisierung der Entwicklungspolitik entgegen treten mit der Intention einer politischen Einmischung, z.B. in Themen wie „Kriegsursachen“ und „Kultur und Entwicklung“

- Neue Themen: Kultur und Entwicklung, Eintritt in den interkulturellen Dialog
- „Diaspora“- Entwicklungszusammenarbeit mit Menschen aus dem Süden (die hier quasi wie in einer „Diaspora“ leben).
- Auf der Suche nach einer Alternative zu „Didaktischem Kochen und Trommeln“
- Antidiskriminierungsarbeit in der privilegierten Mehrheitsgesellschaft.

Da der Begriff „Kultur“ in der Einstiegsrunde verschiedentlich und in unterschiedlichen Zusammenhängen gefallen war, einigten sich die Teilnehmenden darauf, anhand des Begriffspaares „Kultur und Entwicklung“ die Frage des Agendasettings und der damit verbundenen Probleme und Widerstände in der entwicklungspolitischen Inlands- bzw. Bildungsarbeit zu bearbeiten.

Zur Erinnerung: Grundsätzliche Zielsetzung eines bestimmten Themas sollte es sein, einen Interessenausgleich zwischen Nord und Süd zu erreichen, zumindest so weit wie möglich in die Richtung zu gehen, bevor die Frage einer oder mehrerer Zielgruppen gestellt wird.

Anja Kuhr von der CulturCooperation e.V. (Hamburg) stellte das von der EU geförderte, mehrjährige Projekt „Kultur und Entwicklung“

mit der Kampagne „Nofretete geht auf Reisen“ vor.

Ein Ziel des Projektes war es, auf „schwarze Märkte“ durch den weit verbreiteten Raub von Kulturgütern aufmerksam zu machen und eine öffentliche Debatte über die Problematik des Kulturraubs anzustoßen.

Am konkreten Beispiel wurden einige Kernprobleme des Agendasettings und der Etablierung neuer Themen sichtbar:

- Innerhalb der entwicklungspolitischen Szene war es schwierig, Interesse für ein ungewöhnliches Thema zu wecken. Das machte es schwer, über einen kleinen Kreis von AktivistInnen hinaus wie den Arbeitskreis „Deutschland Postkolonial“ in der entwicklungspolitischen NGO-Szene aktive Unterstützer der Kampagne zu finden.
- Akzeptanzprobleme gab es aber auch auf Seiten der potenziellen Geldgeber, die sich für kulturelle Themen oft nicht zuständig sehen. Wenn es um finanzielle Förderung geht, wird die Zuständigkeit oft zwischen verschiedenen behördlichen Fachressorts (Kultur, Bildung, Soziales, Entwicklungszusammenarbeit) hin- und her geschoben. TeilnehmerInnen, die zu migrationspolitischen Themen arbeiten, bestätigten dieselben Erfahrungen aus ihrem Bereich.
- Widersprüchlich erscheint das Verhalten von Förderinstitutionen auch in politischer Hinsicht: Einerseits wird postuliert, dass entwicklungspolitische Bildung einen Bewusstseinswandel fördern und zu eigenem Handeln anregen sollte, andererseits scheint politische „Einmischung“ häufig unerwünscht zu sein – deshalb haben es Projekte mit einem ausgeprägten Kampagnencharakter oft schwer, Förderung zu bekommen.

Für den konkreten Fall der Kampagne „Nofretete geht auf Reisen“ lässt sich sagen, dass sie trotz schwieriger Rahmenbedingungen ein großer Erfolg wurde, da sie eine überwältigende Medienresonanz im In- und Ausland auslöste und sichtbar bis hinein in die Staatsregierungen Deutschlands und Ägyptens wirkte.

Von Seiten der im Workshop vertretenen Geldgeber wurde im Zusammenhang mit dem Beispiel betont, dass Kulturförderung im Sinne

von Kulturschaffen kaum in den Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit falle, da dies das Ressort des Außenministeriums mit dem Goetheinstitut betreffe. Eine klare Abgrenzung bzw. eine genaue Definition der Schnittstellen müsse im Einzelfall gegeben sein. Ein entwicklungspolitisches Fundament des Themas müsse gegeben sein und entwicklungspolitische Ziele deutlich sichtbar werden.



Arbeitsgruppe 1 tagte im Garten.

Als weiteres Problem wurde im Workshop die Schwierigkeit einer Definition des Kulturbegriffes erkannt, von dem es sehr unterschiedliche Auffassungen gibt. Das Agieren mit einem unklaren Begriff macht es natürlich auch schwer, klare Aussagen zur Rolle von Kultur in Entwicklungsprozessen und in der entwicklungspolitischen Bildung zu machen. Dennoch wurden von den Teilnehmenden einige Stichpunkte über diesen Zusammenhang eingebracht:

- Kulturelle Projekte können dazu beitragen, ein „anderes Bild“ der „Dritten Welt“ zu zeigen
- Kultur ist in Ländern des Südens ein wichtiger Wirtschaftsfaktor
- Kulturaustausch kann „Face to Face“ Begegnungen von Jugendlichen ermöglichen (Beispiel KinderKulturKarawane).

Aus Zeitgründen konnte diese Diskussion nicht weiter vertieft werden. Vorgeschlagen wurde, einen nationalen Meinungsbildungsprozess zu „strittigen“ Themen wie „Kultur und Entwicklung“ oder auch „Migration und Interkulturalität“ zu führen. Ziel wäre es, diese Themenfelder klarer zu definieren und zu

klären, wie und wo sie Eingang finden können in den Kanon entwicklungspolitischer Bildung.

Während im Mittelpunkt der Debatte um „Kultur und Entwicklung“ die Frage stand, an welche Grenzen „neue“ Themen stoßen, ging es in der letzten Runde des Workshops darum, welche positiven Effekte das Überschreiten thematischer Grenzen haben kann. Unsere Ausgangsthese: Wenn zwei klassische Politikbereiche – seien es „Kultur und Entwicklung“ oder auch „Umwelt und Entwicklung“ zusammenkommen, so geschieht dies immer im Spannungsfeld potenzieller Konkurrenzen – auf der Ebene der Akteure nicht weniger als auf der der institutionellen Geldgeber. Gleichzeitig liegen in solchen Verbindungen aber auch vielfältige Chancen für positive Synergieeffekte und Win-Win-Situationen. Fast alle Teilnehmenden konnten von solchen positiven Konstellationen berichten. Dabei kam die Mehrheit der genannten Beispiele aus der Verbindung entwicklungspolitischer Bildung mit dem Umweltbereich, aber auch mit Migrations- und Antidiskriminierungsarbeit.

Eine Erkenntnis: Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit zeichnet sich durch wachsende Innovationsfreude aus, die sich unter anderem darin ausdrückt, die engen thematischen Grenzen klassischer Themenfelder zu überschreiten. Dies fördert die Vernetzung mit anderen gesellschaftspolitischen Bereichen und kann dazu beitragen, andere gesellschaftliche Gruppen für entwicklungspolitische Fragestellungen zu sensibilisieren. Die öffentlichen Förderstrukturen scheinen auf diese Entwicklungen bisher aber noch wenig eingestellt zu sein, da sie klare, eindeutige Zuordnungen eines Projektthemas verlangen. Dies stellt die NGOs vor die Herausforderung, ihre inhaltlichen Anliegen klar und eindeutig zu definieren, während andererseits die institutionellen Geldgeber gefordert sind, ihre Förderinstrumente den veränderten Gegebenheiten anzupassen und mehr Flexibilität zu entwickeln.

(Andrea Kolling / Heiko Möhle)



Sibylle Gundert-Hock erklärte dem Plenum die Ergebnisse der Arbeitsgruppe 2 „Zielgruppen“.

Arbeitsgruppe 2: Handlungsfelder: Zielgruppen und AkteurInnen

- Auf der Suche nach „Erfolg“ begeben wir uns häufig auf den Umweg über die neuen Zielgruppen; aber: über die Zielgruppen, auch die scheinbar neuen, werden Probleme unseres Arbeitsbereiches nicht gelöst.
- Die Zielgruppenebene ist häufig eine Stellvertreterdebatte: Sie ist ein Baustein in einer Marketingstrategie, um mittels Förderanträgen die Geldflüsse und damit oft den eigenen Arbeitsplatz zu sichern. Denn: Anträge verlangen spezifische Zielgruppen.
- Aber das Postulat steht: Erst steht das Ziel / die Vision, dann die Zielgruppe. Thema geht vor Zielgruppe.
- Welche gesellschaftlichen Teilgruppen stellen Fragen, die in unseren Arbeitsbereich fallen? Diese sind Zielgruppen.
- Am Beispiel der Frage Grabsteine aus ausbeuterischer Kinderarbeit sieht das etwas so aus:

Ziel: Befreiung der Kinder in Indien von ausbeuterischer Kinderarbeit in Steinbrüchen.

Wer ist auf Abnehmerseite mit Grabsteinen befasst? Hinterbliebene, Steinmetze, Importeure Friedhofsverwaltungen

(kommunal und kirchlich), Kirchengemeinden (wo sie Friedhöfe verwalten. Diese sind dann Zielgruppen für diese Fragestellung.

- Die Zielgruppenebene sollte nicht vordergründig im Dienste der Arbeitsplatzsicherung stehen. Die Debatte über Werte und Ziele geht der Zielgruppenebene voraus, bzw. letztere entspringt aus der ersten. Aber: Das ist nur dann realistisch, wenn Menschen in gesicherten Strukturen arbeiten.
- **FAZIT:** Die grundlegende Debatte über Werte und Ziele wird (nur?) unter der Voraussetzung gesicherter Arbeitsstrukturen fruchtbar geführt werden.
- Zielgruppe Wirtschaft: Handlungs- und Gesprächskulturen sind sehr unterschiedlich; aber: Interesse von beiden Seiten ist vorhanden und die Kommunikation verbessert sich.
- Zielgruppen und Akteure müssen zu einander passen, davon hängt das Gelingen der Kommunikation ab und die Glaubwürdigkeit der Akteure.
- Authentizität und Glaubwürdigkeit der Akteure sind entscheidend für gelingende Arbeit.

Drei zusammenfassende Sätze:

- Zielgruppenebenen sind häufig verknüpft mit Fragen der Arbeitsplatzsicherung und daher weniger inhaltlich als taktisch bestimmt (Mittelfluss).
- Die Debatte über Ziele und Visionen sollte vor der Zielgruppenebene stehen.
- Gesicherte Arbeitsstrukturen sind eine Grundvoraussetzung, um inhaltliche Zieldebatten und zugrunde liegende Wertebestrebungen unabhängig führen zu können.

(Sibylle Gundert-Hock)



„Strukturen“: Beeindruckende Ergebnisse der Arbeitsgruppe 3

Arbeitsgruppe 3: „Strukturen“

Thema: Welche Kooperationsstrukturen, Netzwerke und Förderinstrumente brauchen wir zur Stärkung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit?

Ablauf:

1. Sammeln von Diskussionsrelevante Themen seitens der Beteiligten aus NGOs, Bund- und Ländern
2. Konkrete Themenbereiche
3. Umsetzungsmöglichkeiten

Einige Schlaglichter der Diskussion:

Inlandsarbeit:

- Inlandsbildung ist zur Zeit auf Länderebene nicht ausreichend gewollt
- Es existieren große Schwierigkeiten bei der Finanzierung im Bereich der Inlandsarbeit. Es wird nach dem Motto vorgegangen: Es ist mehr von Nutzen, das Geld nach Afrika zugeben.
- Es ist zu überprüfen, was die Verfassung zu der Zuständigkeit von Bildungsarbeit sagt. Ist das die Aufgabe der Länder?
- Das Thema Inlandsarbeit soll strategisch angegangen werden.
- Es muss danach gefragt werden: Was muss strategisch gemacht werden, damit Bildungsarbeit stärker unterstützt wird.
- Wo liegen die Probleme und was muss getan werden, damit Inlandsbildung mehr Unterstützung findet?
- In der Gesellschaft existiert kein ausreichendes Bewusstsein.

- Die NGO's müssen strategische Themen besetzen, Beispiel Klimawandel.
- Es muss mehr auf eine Alphabetisierung der Gesellschaft konzentriert werden. Inlandsarbeit durch "saftige" Begriffe attraktiver machen.
- Die NGO's müssen "größer" Denken.

Sicherung einer institutionellen "Grundförderung"

- Inhaltliche Kontinuität ist von allen Beteiligten gewollt!
- Personelle und inhaltliche Kontinuität fehlt und die Diskrepanz, der Anspruch sowie die Finanzen sind die größten Probleme.
- Das BMZ fördert Projektbezogene Maßnahmen.
- Es muss mehr eine Eigenzertifizierung und kollegiale Beratung geben.
- Das Grundproblem der Gesellschaft muss gemeinsam mit anderen Verbänden gelöst werden, d.h. es müssen mit anderen entwicklungspolitischen Verbänden Bündnisse geschlossen werden.
- Eine Kontinuität und ein qualifiziertes Management sind notwendig.

Ergebnisse:

Alle Teilnehmer waren sich darüber einig, dass gerade in Bildungsfragen nicht kurzfristig gedacht und gehandelt werden kann.

Auch aus diesem Grunde wären eine Umstellung auf längerfristige Förderprogramme und eine Basisförderung wichtig. Die Förderinstrumente sollten deshalb eine längerfristige Laufzeit haben, um eine Kontinuität zu gewährleisten. Mehr Transparenz und Entbürokratisierung ist in diesem Bereich notwendig.

Die Schaffung von Strukturen kollegialer Beratung und eine unkomplizierte Personalfinanzierung bei Projekten werden von den Beteiligten angestrebt. Entwicklungspolitische Inlandsarbeit wird als Querschnittsaufgabe in verschiedenen Bundesländern zwar gefördert und anerkannt aber dies geschieht nicht im ausreichendem Umfang. Ein ernsthaftes Bemühen zur Förderung der Arbeit der Landesnetze auf Länderebene ist deshalb nicht erkennbar. Die Landesregierungen sollten deshalb ihre Absichtserklärungen in die Tat umsetzen.

Ergänzend könnten Landes-/Bundes- und unabhängige Förderstrukturen, z.B. Stiftungen, etabliert werden und durch diese

dann eine institutionelle Grundförderung gesichert werden.

Ebenso wie das BMZ wünschen sich alle Beteiligten den Zugang zu neuen Zielgruppen. Die Themen sollen und müssen sich an der Arbeit des BMZ, der Länder und der NROen orientieren. Die Wirkungen von Maßnahmen sollen ausgewertet werden und in neuen Projekten berücksichtigt werden. Zuwendungsrechtliche Vorschriften sollen beachtet werden und die Anträge klar formuliert sein.

Die Beteiligten wünschen sich mehr Beratung untereinander sowie klare Strukturen. Dadurch sollen die Netzwerke mehr unterstützt werden und innovative Vorhaben bei der Entwicklungs- und Finanzierungsberatung sollen ausgetauscht und auf gemeinsame Realisierungsmöglichkeiten untersucht werden.

Die Inlandsbildung ist zurzeit auf Länderebene nicht ausreichend gewollt. Das muss geändert werden. Eine Kooperation ist aber nur auf Augenhöhe möglich. Hierbei können DED-Rückkehrer/Innen stärker als Referenten eingesetzt werden.

Hieraus leitet sich folgende bisherige Bestandsaufnahme ab:

- Ein regelmäßiger Austausch zwischen Bundesländern und Landesnetzwerken ist wünschenswert.
- Eine abgestimmte inhaltliche Schwerpunktsetzung zwischen den Akteuren ist sinnvoll. Hierzu sind gemeinsame Qualitätsziele und Bewertungskriterien zu erarbeiten und zu formulieren.
- Eine Umstellung auf längerfristige Förderprogramme und eine Basisförderung ist unumgänglich.



Abschließendes Plenum – ein Ausschnitt.

Plenum

Im abschließenden Plenum präsentierten die ModeratorInnen der Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse und Forderungen.

Als wichtigste Ergebnisse können aus Sicht der VeranstalterInnen festgehalten werden:

Ziele: Nicht nur die NGOs, auch die geldgebenden Institutionen sollten sich mehr für gesellschaftliche Entwicklungen öffnen und ihre Bereitschaft verstärken, den Begriff „entwicklungspolitische Bildung“ immer wieder neu zu definieren. Die NGOs wünschen sich eine stärkere Öffnung für „neue“ Themen. Im Falle strittiger Themenfelder wie „Kultur“ oder „Migration“ sollte ein bundesweiter Meinungsbildungsprozess klären, wie sie Eingang in die entwicklungspolitische Bildung finden können.

Zielgruppen: Die Erschließung neuer Zielgruppen sollte nicht unter dem Primat der Arbeitsplatzsicherung stehen, sondern der kontinuierlichen Auseinandersetzung um Werte, Visionen und Ziele entwicklungspolitischer Bildung folgen.

Strukturen: Eine qualitativ anspruchsvolle, werteorientierte Bildungsarbeit erfordert ein Mindestmaß an struktureller Kontinuität. Deshalb ist eine Rückkehr zu einer institutionellen Basisförderung in Kombination mit einer längerfristigen Programm- und Projektförderung notwendig.

Der im Haus am Schüberg begonnene Dialog soll unbedingt fortgesetzt werden!

Dokumentation: Lena Blossat / Heiko Möhle